

134.

B e r i c h t

der Finanzdeputation A der zweiten Kammer

über Kap. 16 des Staatshaushalts-Stats, Etat der Staatseisenbahnen.

Eingegangen am 5. März 1898.

(Dekret Nr. 2, Landt.-Akten, Königl. Dekrete 2. Bd. Heft IV.
Mittheilungen der II. Kammer Nr. 7 u. 8 S. 101 flg.)

I.

Allgemeines.

Der Deputation ist auf ihr Ersuchen, wie in früheren Landtagen, die als Beilage I diesem Berichte angefügte Darstellung der Entwicklung des Verkehrs in den letzten Jahren und der wichtigeren dabei in Betracht kommenden Umstände von dem Königlichen Finanzministerium zugegangen.

Beilage I.

Bei der Vorberathung des Stats in der gegenwärtigen Session sind verschiedene, den vorliegenden Stat nicht unmittelbar berührende, das Eisenbahnwesen im allgemeinen betreffende Wünsche geäußert worden, mit denen sich zu beschäftigen die Deputation für ihre Pflicht erachtet hat.

Wünsche bei
der Stat-
vorberathung.

Die weitaus wichtigste Stelle nimmt das von verschiedenen Rednern geäußerte Verlangen nach einer Reform des Personengeldtarifs ein. Am eingehendsten hat sich mit dieser Frage der Abgeordnete Kollfuß beschäftigt. Er bezeichnete als Ideal: die Beseitigung sämtlicher Ausnahmefahrkarten, Herabsetzung der Preise der einfachen Fahrkarten mindestens auf die Hälfte der jetzigen Rückfahrkarten mit 1 $\frac{1}{2}$ für das Kilometer Zuschlag für Schnellzüge und Wegfall des Freigepäcks, unter Herabsetzung der Gepäcktaxe unter die Hälfte der jetzigen Sätze, beschied sich aber, daß dieses Ziel natürlich nur in Uebereinstimmung sämtlicher deutschen Eisenbahnverwaltungen zu erreichen sei. Für Sachsen allein aber sei es möglich, bei den anderen Eisenbahnverwaltungen auf eine derartige Reform hinzuwirken, eine Verlängerung der Benutzungsfrist der Rückfahrkarten eintreten zu lassen und Kilometerhefte nach badischem Vorbilde einzuführen.

Die Deputation hat in der Frage der Personengeldtarife bisher immer unterschieden zwischen Ermäßigungen, welche unter bestimmte sozial-, namentlich wohnungs-politische Gesichtspunkte fallen (Vorortverkehr, Arbeiterzüge und dergleichen), und allgemeiner Preisherabsetzung. Die ersteren hat sie stets befürwortet, während sie der letzteren eine besondere Dringlichkeit an sich nicht zuzugestehen vermochte. Für erstrebenswerth hat sie stets eine Vereinfachung des bestehenden Tarifwesens, wie es sich historisch, aber prinziplos entwickelt hat (einfache und Rückfahrkarten, Rundreisehefte, Sommerfahrkarten etc.), erklärt, sich aber dabei nicht verhehlt, daß eine derartige Reform nur unter gleichzeitiger erheblicher Herabsetzung des Tarifs und daher nur unter großen finanziellen Opfern möglich sei. In der gleichen Richtung bewegten sich auch diesmal die Erwägungen der Deputation. Es kam dabei noch besonders zum Ausdruck, daß man gerade im Hinblick auf das erstrebenswerthe Ziel einer Vereinfachung des Personentarifs sich ablehnend zu verhalten habe gegen